

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Rpf., bei Lieferung frei Haus 50 Rpf., Postbezug monatlich 2,80 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 8 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptredakteur: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimteil, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. D. V. L.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Gitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 275

Mittwoch, den 25. November 1936

88. Jahrgang

Schutz jedem deutschen Volksgenossen! Auch dem von den Sowjets zum Tode verurteilten ehemaligen Marxisten Sticking

Wie sich nach einer Bochumer Mitteilung herausstellt, stammt der zum Tode verurteilte deutsche Bergingenieur Emil Sticking aus Wanne-Eickel bei Bochum. Sticking ist der Sohn eines Schachtmeisters und begann seine Laufbahn als Grubenarbeiter; er nahm am Weltkrieg teil und galt in der gesamten Nachkriegszeit als Marxist. Im Jahr 1929 wurde er von einer deutschen Firma für einen großen Auftrag in Sowjetrußland angeworben. Er ging als marxistischer Arbeiter nach Sowjetrußland, um die Leistungen des Bolschewismus kennenzulernen. Als der Auftrag seiner Firma beendet war, trat er, wie Verwandte Sticking's mitteilen, notgedrungen in die Dienste einer sowjetrußischen Firma, da er sich inzwischen in Sowjetrußland erneut verheiratet hatte, seiner Frau aber, die nach sowjetrußischem Gesetz Sowjetbürgerin bleibt, die Ausreise aus Sowjetrußland nicht möglich war.

Sticking ist, wie so viele deutsche Arbeiter, die mit großen Hoffnungen nach Sowjetrußland gingen und dort vielleicht ihrer grenzenlosen Enttäuschung Ausdruck gaben, ein Opfer der sowjetrußischen Rassenjustiz geworden. Er wurde in unmenschlicher Weise gequält und gefoltert, und es wurde von ihm schließlich ein sogenanntes Geständnis erpreßt, wie man es bei allen bisherigen sowjetrußischen Schauprozessen nachgerade gewohnt ist. Es kann festgestellt werden, daß über Sticking seit seiner Auswanderung nach Sowjetrußland bei deutschen Stellen nicht das Geringste bekannt geworden ist.

Der Fall Sticking ist ein erneuter Beweis dafür, daß auch deutsche Marxisten vor dem Haß der Sowjetmachthaber nicht sicher sind, und ihnen im Land der Bolschewisten das gleiche Schicksal blüht wie allen Deutschen.

Obwohl Sticking Marxist war, hat sich die Reichsregierung trotzdem mit aller Kraft seines Schicksals angenommen, denn es spielt für das nationalsozialistische Deutschland keine Rolle, welche Weltanschauung der deutsche Volksgenosse im Ausland früher vertreten hat. Die deutsche Volksgemeinschaft als Schicksalsgemeinschaft nimmt sich selbstverständlich jedes deutschen Volksgenossen und Reichsangehörigen an, dem im Ausland Unrecht widerfährt. Jeder deutsche Reichsangehörige ist auch im Ausland des Schutzes der deutschen Volksgemeinschaft sicher. Es ist eine Frage der Ehre der deutschen Nation, keinen Angehörigen dieses Volkes jemals preiszugeben.

Die bolschewistischen Ziele, die von den Machthabern im Kreml mit dem Prozeß gegen den Ingenieur Sticking verfolgt werden, sind jedem Denkenden klar. Daher wendet sich die deutsche Reichsregierung mit Nachdruck gegen ein offensichtliches Theaterverfahren, das, durchsichtig in seiner Absicht, nicht den Ingenieur Sticking sondern den Deutschen in ihm treffen soll.

Was wird aus Sticking?

Scharfe Auseinandersetzung im Kreml

Der Londoner „Daily Express“ veröffentlicht in großer Aufmachung unter der Ueberschrift „Spaltung der Chefs Stalins über das Schicksal der Deutschen. — Sturm im Kreml“ eine Meldung seines Berichterstatters in Warschau. Darin heißt es: „Diktator Stalin berief Montag nachmittag eine Sonder Sitzung der Sowjetregierung in den Kreml, um die durch die Verkündung des Todesurteils den deutschen Ingenieur Sticking geschaffenen Lage gegen den deutschen Ingenieur Sticking geschaffenen Lage zu besprechen. Die Sowjetführer spalteten sich in zwei Gruppen, eine zugunsten einer Begnadigung, die andere zugunsten der Hinrichtung. Die Begnadigungsgruppe bestand aus Beamten des Außenkommissariates und Gemäßigten, die durch Berlins heftige Ausbrüche beunruhigt sind.“

Die Befürworter der Hinrichtung, bestehend aus radikalen Kommunisten, forderten, daß das Urteil vollstreckt werde; sie behaupteten, daß es der Wille des Sowjetvolkes sei, daß der „faschistische Hund“ Sticking sterben soll, und verwiesen auf Hunderte von Telegrammen örtlicher kommunistischer Parteigruppen aus der Sowjetunion, die den Tod verlangten. Sie setzten sich mit Verblendung über die Be-

fürchtungen der außenpolitischen Sachverständigen hinweg, daß Deutschland eine kraftvolle Aktion unternehmen könne, und drängten Stalin, ein Beispiel zu statuieren, um den Terrorismus in der Sowjetunion auszurotten.

Eine Stunde vor der stürmischen Sitzung sprach der deutsche Botschafter Graf von der Schulenburg in Moskau noch einmal im Außenamt vor, und verlangte dringend, daß eine günstige Antwort auf seinen Schritt zur Begnadigung sobald wie möglich gegeben werde. Der stellvertretende Außenkommissar Krestinski sagte dem Botschafter, daß bis nach Stalins Ratifizierung keine Antwort gegeben werden könne. Zu später Nachtstunde wartete Botschafter Graf Schulenburg noch immer.

„Rache für diplomatische Mißerfolge“

Brandmarke des Bluturteils von Nowosibirsk

Das Bluturteil von Nowosibirsk wird auch weiterhin von der Presse zahlreicher europäischer Länder gebrandmarkt. So gibt die amtliche „Wiener Zeitung“ der Ansicht Ausdruck, daß sich die Sowjetdiplomaten für ihre Mißerfolge der letzten Zeit an Deutschland rächen wollten, und schreibt: „Wenn sich der Stalin-Staat irgendwie in der Klemme befindet, dann veranstaltet er nach Wasserwerkstätten verwegene Schauprozesse, deren letzte Beweggründe gewöhnlich nur den ganz wenigen Drahtziehern des Kremls bekannt sind. Es sind dies sozusagen plöbliche Stichproben für die Haltbarkeit des Systems, Versuche wohl auch, die Aufmerksamkeit der Welt durch Herausforderungen in eine bestimmte Richtung zu lenken. Wie im Jahre 1928 sind jetzt wieder deutsche Ingenieure und sonstige reichsdeutsche Staatsbürger das Opfer einer sichtlich politischen Inquisition. Ein reichsdeutscher Ingenieur wurde zum Tode verurteilt.“

Begreiflich, daß eine Woge der Entrüstung durch das Reich fñhrt. Offensichtlich will der Bolschewismus ein sehr gefährliches Spiel wagen, um sich für die Mißerfolge der Diplomatie zu rächen und um den eigenen Anhängern durch gewaltiges Auftrumpfen zu imponieren. Ein ehrliches Wirken für den Frieden müßte allerdings ganz andere Vorzeichen haben.“

Die englischen Blätter wollen wissen, daß Graf von der Schulenburg abernals dem Außenkommissariat einen Besuch abgestattet und, wie „Daily Telegraph“ meint, in noch sehr viel engerer Form als bisher vor der Vollstreckung des Todesurteils gewarnt habe. Das Blatt fügt hinzu, der Fall Sticking müsse zu ernstlichen Besorgnissen auch für die übrigen Mächte Anlaß geben. Im übrigen vergleicht das Blatt den Prozeß von Nowosibirsk mit der feinerzeitigen Verhandlung gegen die Metro-Wideringenieur, bei der im wesentlichen die gleichen Beschuldigungen erhoben worden waren. Sticking sei „mit

russischen Methoden“ zu seinem Geständnis gebracht worden.

Die Sowjets wüten weiter

Schon wieder Verhaftungen von Reichsangehörigen.

Nach einer Mitteilung der Agentur des Außenkommissariats in Charkow sind am 21. d. M. drei weitere Reichsangehörige verhaftet worden, nämlich Monteur Friedrich Böhlerz der Jhoda-Werke, Kaiserlautern, Reinhold Schindler aus Jena, beide in Mariupol, und Hermann Stammer, Elektromonteur, gebürtig und wohnhaft in Charkow.

Der ehemalige Kriegsgefangene, Betriebsleiter Heinrich Schäfer aus Tschumysch (Kasakstan) wurde am 21. Oktober auf seiner Arbeitsstelle bei Frunse ohne Angabe eines Grundes verhaftet. Er befindet sich in Semipalatinsk und war am 11. November noch nicht verhört. Wie verlautet, wird er der „Konterrevolution zugunsten Deutschlands“ beschuldigt.

Die deutsche Botschaft in Moskau ist bemüht, die Fälle aufzuklären.

Auch ein General und 64 Offiziere im Gefängnis

Nach Berichten von Ausgewiesenen aus Sowjetrußland dauern die Verhaftungen der GPU, unter der sogenannten Opposition an. Allein in das Moskauer Butyrki-Gefängnis werden seit einiger Zeit täglich einige Hundert „Trotzkisten“ eingeliefert. Nach kurzem Aufenthalt werden die Gefangenen in der Regel für fünf Jahre in die Zwangsarbeitslager verschickt. Die Zahl der politischen Gefangenen, die in diesem Jahr allein durch dieses Moskauer Gefängnis gegangen sind, beläuft sich, wie sich auf Grund der Nummern der letzten Gefangenen leicht feststellen läßt, auf etwa 80 000.

Unter den in letzter Zeit in das Butyrki-Gefängnis eingelieferten „Trotzkisten“ befindet sich auch einer der höchsten Armeeführer, Marschall Samernit, der unlängst mit 64 Generalsstabsoffizieren verhaftet wurde.

Die meisten politischen Gefangenen kommen in das sogenannte „Bam-Lager“ an der Baital-Amursk-Magistrale in Ostsibirien, in dem sich mindestens 800 000 bis 900 000 politische Gefangene und Verbrecher befinden. Ein zweites Zwangsarbeitslager befindet sich in der westlich des nördlichen Ural gelegenen Taja mit der Zentrale Tschibzu an der Tschibura. In diesem Lager, in dem im vorigen Winter bis 54 Grad Kälte gemessen wurden, befinden sich etwa 50 000 Gefangene.

Aus allen Berichten geht hervor, daß man sich in den europäischen Ländern völlig unzureichende Vorstellungen über den Terror und das Ausmaß der täglichen Verhaftungen in der Sowjetunion macht.

Unverschämte Beleidigung Deutschlands

Friedens-Nobelpreis an einen Landesverräter verliehen

Das Nobel-Preis-Komitee des Norwegischen Storting hat den Friedensnobelpreis für 1935 Karl von Ossieky zugeteilt. Den Friedens-Nobelpreis für 1936 erhielt der argentinische Außenminister Carlos Saavedra Lamas.

Mit Karl von Ossieky ist der Friedensnobelpreis zum erstenmal an einen von dem höchsten Gericht seiner Heimat verurteilten Landesverräter gefallen. Karl von Ossieky wurde am 23. November 1931, also in der Zeit der November-Republik, vom 4. Straßsenrat des Reichsgerichts wegen Landesverrats zu einer Strafe von einhalb Jahren Gefängnis verurteilt; er trat diese Strafe im Mai 1932 an. Ein Gnadengeuch an den

Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall von Hindenburg, wurde von diesem abgelehnt. Ossieky ist Weihnachten 1932 auf Grund einer allgemeinen Amnestie in Freiheit gesetzt worden. Im Gegensatz zum Sowjetstaat, der jeden politischen Gegner an die Wand stellen läßt, hat sich das nationalsozialistische Deutschland darauf beschränkt, Ossieky am 28. Februar 1933 in Sicherheitsverwahrung nehmen zu lassen. Ossieky ist vor längerer Zeit aus dieser Haft entlassen worden und befindet sich in Freiheit.

Die Verleihung des Nobelpreises an einen notorischen Landesverräter ist eine derart unverschämte Herausforderung und Beleidigung des neuen Deutschland, daß daraus eine entsprechend deutliche Antwort erfolgen wird.

